

Niederschrift

zur 1. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 31. Januar 2019, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstraße 1-3 in Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.31 Uhr

Vorsitz: Oberbürgermeister Reinwald
Bürgermeisterin Felden

Stadträte: Agena, Dirk
Appel, Hans
Bader, Richard
Baumann, Ursula
Eckl, Ulrike
Feuchter, Klaus
Frühwirt, Ralf
Hassenpflug, Christa
Kohr, Jürgen
Krauth, Wolfgang
Kühner, Anita
Kurz, Mathias ab 18.58 Uhr
Leiner, Maja
Lindenbach, Bruno
Lindner, Werner
Mattheier, Christiane
Neininger-Röth, Claudia
Reinig, Michael
Dr. Sandner, Peter
Sauerzapf, Anja
Dr. Scheurich, Gerhard
Schilling, Christine
Stern, Wolfgang
Unverfehrt, Dietrich
Woesch, Rudolf

Entschuldigt: Dr. Anselmann, Peter krank

Gäste: Sauerzapf, Bruno – Vertreter der Hardtgruppe

Von der Verwaltung:

- 1 Stadtoberverwaltungsrat Berggold
- 1.2 Stadtamtsrätin Lutz, Daniela

- 2 Stadtoberverwaltungsrat Veith

- 3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm

- 6 Stadtoberamtsrat Gora
Stadtamtsrätin Thißen
(Vorsitzende des Gutachterausschusses)

- 8 Angestellter Kuhn

- 14 Stadtoberamtsrat Heinzmann

Angestellte Greiner
Protokollführerin

T A G E S O R D N U N G

zur 1. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 31. Januar 2019, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstr. 1-3 in Leimen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|---|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 01/2019 |
| 4. | Zuwendungen
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO | 02/2019 |
| 5. | Gutachterausschuss
a. Bestellung eines stellvertretenden Vorsitzenden
b. Interkommunale Zusammenarbeit der Gutachterausschüsse | 03/2019 |
| 6. | Interkommunale Zusammenarbeit
Gemeinsame Forstbewirtschaftung mit Umlandgemeinden | 04/2019 |
| 7. | Straßen
Sanierung K 4155 und Neubau Kreisel –
Von Kreisel Tinquieux-Allee bis Gewerbegebiet Süd II incl. Neubau Kreisel
Baubeschluss, Vergabebeschluss, Vergabe von Ing.-Leistungen | 05/2019 |
| 8. | Jugendarbeit
Verträge zur Schulsozialarbeit und Offenen Jugendarbeit | 06/2019 |
| 9. | Überörtliche Finanzprüfung
GPA-Prüfbericht 2011-2015 | 07/2019 |
| 10. | Bestattungsgebühren
Änderung der Nutzungsgebühren der Trauerhallen | 08/2019 |
| 11. | Beteiligungen
Jahresabschluss 2017 der Wohnbau GmbH | 09/2019 |
| 12. | Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Reinwald begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Insbesondere begrüßt er die Auszubildenden des 1. Lehrjahres der Stadt Leimen und den Ehrenbürger Herr Bruno Sauerzapf. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

1. Fragestunde

Oberbürgermeister Reinwald bittet um Wortmeldungen. Solche erfolgen nicht.

2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald ruft das Protokoll Nr. 11 vom 13. Dezember 2018 auf. Urkundspersonen sind die Stadträtinnen Baumann und Eckl. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträtinnen Mattheier und Neining-Röth benannt.

3. Gemeinderat 01/2019

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Reinwald verliest die bekanntzugebenden Beschlüsse im Wortlaut.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Der folgende nichtöffentliche Beschluss der 9. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2018 wird bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen:

2. Alte Fabrik 13/2018

Umgestaltung mit Gastronomiekonzept

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Alte Fabrik)

Von der Präsentation wird Kenntnis genommen.

4. Zuwendungen

02/2019

Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss
(Kennwort: Zuwendungen)**

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

5. Gutachterausschuss

03/2019

a. Bestellung eines stellvertretenden Vorsitzenden

Oberbürgermeister Reinwald erläutert die Vorlage. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Appel

sagt, dass die CDU-Fraktion die interkommunale Arbeit begrüße. Die Kosten würden wohl auch zwischen den beteiligten Kommunen geteilt werden, was ein großer Vorteil sei.

Auch die Einstellung von Herrn Uhl werde befürwortet.

Stadtrat Woesch

stellt fest, dass die Fraktion der FW ebenfalls keine Bedenken habe, Herrn Uhl als stellvertretenden Vorsitzenden des Gutachterausschusses einzusetzen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss
(Kennwort: Gutachterausschuss)**

Der Ernennung von Herr Arne Uhl als stellvertretenden Vorsitzenden wird zugestimmt.

5. Gutachterausschuss

03/2019

b. Interkommunale Zusammenarbeit der Gutachterausschüsse

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert kurz die Gremienvorlage. Er hält insbesondere fest, dass die Bodenrichtwerte bei allen Modellen ausschlaggebend seien. Das Votum solle bei allen Sprengelgemeinden eingeholt werden. Sollte man zustimmen, sollten die Rechtsgrundlagen geregelt werden und Experten würden die Grundlagen entsprechend ausarbeiten. Man solle dabei nicht die Zeit aus den Augen verlieren. Er bittet um Zustimmung.

Stadtrat Reinig

stellt fest, dass der Immobilienwert auch die Grundsteuer rekrutiert. Was das Ministerium für den ländlichen Raum regelt, müsse nicht den Leimener Gutachterausschuss betreffen. Es gehe um die Bewertung der Immobilien in einer bestimmten Region, wobei korrekte Daten erhoben würden. Diese Kooperation gleiche dies aus, zumal es ein gutes Resümee für die Stadt Leimen sei. Die interkommunale Zusammenarbeit der Gutachterausschüsse werde begrüßt.

Stadtrat Unverfehrt

fragt, welche Möglichkeiten es neben dem Zweckverband gibt.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass es auch die Möglichkeit gäbe, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu treffen. Nach einer Schulung tendiere man aber zur Schaffung eines Zweckverbandes. Dies werde noch mit den beteiligten Kommunen beraten.

Stadtrat Dr. Sandner

stellt fest, dass die Reform der Grundsteuer der Regierung auf das Auge gedrückt worden sei. Man hoffe, dass die Reform einkommensneutral für die Städte ausgehe. Es falle eine enorme Aufgabe bei der Bewertung zu. Man unterstütze diesen Vorschlag und stimme zu. Jedoch bleibe die Rechtsform abzuwarten.

Stadtrat Woesch

beteuert, dass der Gutachterausschuss eine wichtige Aufgabe habe, unter anderem die Festlegung der Grundstückswerte. Je mehr Gemeinden beteiligt seien, desto stärker sei diese Einheit. Die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen sei auf gewissen Gebieten wünschenswert. Die rechtliche Konstruktion sei aber zu besprechen, da ein Ausstieg aus dem Zweckverband schwieriger sei. Man stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Feuchter

stimmt zu, dass man eine Zusammenlegung brauche. Man hoffe, dass die Grundsteuereinnahmen dadurch nicht sinken, sondern sogar steigen. Es werde fachkompetentes Personal eingestellt werden müssen. Die FDP-Fraktion stimme zu, denn nur so sei diese Aufgabe zu bewältigen.

Stadtrat Appel

habe Bedenken wegen der Kostenverteilung auf die beteiligten Gemeinden und möchte wissen, ob es für die beteiligten Gemeinden billiger werde, da von „Mehraufwand“ die Rede sei.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass verschiedene Abrechnungsmodelle möglich seien. Dies werde noch besprochen und der Gemeinderat werde dann informiert.

Stadtrat Feuchter

ergänzt, da die Aufgaben zunehmen, würden vermutlich auch die Kosten steigen, daher werde von „Mehraufwand“ gesprochen.

Stadtrat Dr. Scheurich

hat sachliche Fragen zu der Feststellung der Grundsteuer.

Oberbürgermeister Reinwald
beantwortet diese.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gutachterausschuss)

1. Der Absicht der Verwaltung einen gemeinsamen Gutachterausschuss mit den Städten und Gemeinden Dielheim, Leimen, Malsch, Mühlhausen, Nußloch, Sandhausen, St.Leon-Rot, Rauenberg, Walldorf und Wiesloch zu bilden wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit den Beteiligten Gespräche über den Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Gutachterausschuss zu führen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt einen Vertragsentwurf zu einem Zweckverband auszuarbeiten.

6. Interkommunale Zusammenarbeit
Gemeinsame Forstbewirtschaftung mit Umlandgemeinden

04/2019

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt. Er informiert über den Termin am 22. Januar 2019 mit dem Landrat. Es gäbe nun grünes Licht für die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Nußloch. Das Landratsamt habe keine Einwendungen. Es gäbe einen sogenannten Gemeinnützigkeitsausgleich seitens des Landes. Zusammenfassend ließe sich sagen, dass die Bewirtschaftung günstiger werde und der bisherige Förster beibehalten werde. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadträtin Mattheier und die Fraktion der SPD begrüßten diese Maßnahme. Sie hätten großes Vertrauen in die Arbeit des Försters Reinhard und glauben, dass er auch für die Gemeinde Nußloch gute Dienste leisten würde. Sie möchte wissen, ob der Gemeinderat vor einem Abschluss noch einmal informiert wird.

Oberbürgermeister Reinwald klärt auf, dass es heute um den Grundsatzbeschluss gehe.

Stadtrat Lindenbach hat sachliche Fragen zu der Gremienvorlage.

Oberbürgermeister Reinwald beantwortet diese.

Stadtrat Woesch merkt an, dass über eine Zusammenlegung schon lange nachgedacht worden sei. Die FW-Fraktion stimme dem zu.

Stadtrat Appel

schließt sich dem Gesagten an. Die Fraktion der CDU begrüße ebenfalls die Zusammenarbeit mit Nußloch. Man hoffe, dass die Verwaltungs- und Betriebskosten für beide Kommunen günstiger werden. Sie stimmen der Vorlage zu.

Stadtrat Reinig

schließt sich den Worten seiner Vorredner an. Das Konzept habe in der gemeinsamen Sitzung mit Nußloch überzeugt.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Interkommunale Zusammenarbeit)

1. Der interkommunalen Zusammenarbeit und gemeinsamen Forstbewirtschaftung mit der Gemeinde Nußloch wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt eine Vereinbarung mit der Gemeinde Nußloch zur gemeinsamen Forstbewirtschaftung auszuarbeiten und abzuschließen.

Stadtrat Kurz betritt um 18.58 Uhr den Sitzungssaal und nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Sitzung teil.

7. Straßen

05/2019

Sanierung K 4155 und Neubau Kreisel –
Von Kreisel Tinquex-Allee bis Gewerbegebiet Süd II incl. Neubau Kreisel
Baubeschluss, Vergabebeschluss, Vergabe von Ing.-Leistungen

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Gremienvorlage. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader

stellt fest, dass sich die Kreisstraße in einem erbärmlichen Zustand befände. Dies sei aber Sache des Kreises. Für die Stadt Leimen gehe es um den Kreisel, gerade hinsichtlich des neuen Gewerbegebiets Süd. Die Fraktion der CDU stimme zu.

Oberbürgermeister Reinwald

weist auf die Änderung des Beschlussvorschlages hin. Die Zu- und Abfahrt auf das Grundstück Flst. Nr. 5364/6 entfällt.

Stadtrat Lindenbach

hat eine Frage zu dem Plan. In Fahrtrichtung Leimen sei eine Einbuchtung eingezeichnet. Er möchte den Zweck erfahren.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass dort eine Informationstafel aufgestellt werden solle, unter anderem mit einem Stadtplan.

Stadtrat Dr. Sandner

begrüße den Beschlussvorschlag. Er möchte wissen, ob sich die Radwege nach dem geänderten Beschlussvorschlag noch auf der richtigen Straßenseite befinden. Mit der Maßgabe, dass die Radwege auf der Nordseite neu gelegt würden, würde man grundsätzlich zustimmen.

Oberbürgermeister Reinwald

entgegnet, ein beidseitiger Radweg sei nicht möglich, da es sich um einen außerörtlichen Radweg handele. Das vorhandene Straßenprofil reiche dafür nicht aus. Die Vorschläge würden geprüft, aber die Zugänge würden fehlen.

Stadtoberamtsrat Gora

beantwortet weiter auftretende sachliche Fragen.

Oberbürgermeister Reinwald

weist darauf hin, dass die derzeitige Rechtslage keine Vorfahrtsregelung im Kreisverkehr hergäbe, so wie es Stadtrat Frühwirt angefragt hat.

Stadtrat Frühwirt

findet dies problematisch, da Radfahrer dann unnötig ausgebremst würden. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Autoverkehr bei der süd-östlichen Zu- und Abfahrt aus dem Gewerbegebiet eine andere Vorfahrtsregelung möglich sei, sodass die Radfahrer nicht vor den großen Lastwagen stehen müssten. Er möchte wissen, ob bei der Ausfahrt Richtung Mix-Markt der geplante Radweg kommt.

Stadtoberamtsrat Gora

verneint dies, da es nicht mehr erforderlich sei.

Stadtrat Frühwirt

möchte des Weiteren wissen, ob die Verkehrsinseln trotzdem gestaltet werden.

Stadtoberamtsrat Gora

antwortet, dass dies noch in dem Verkehrsamt besprochen werde.

Stadtrat Frühwirt

sagt die Zustimmung unter der Vorgabe zu, dass geprüft wird, ob eine Vorfahrtsregelung in diesem Rahmen möglich ist.

Oberbürgermeister Reinwald

wiederholt, dass dies zurzeit rechtlich nicht möglich ist. Er bittet Stadtoberverwaltungsrat Stamm zu Wort.

Stadtoberverwaltungsrat Stamm

beantwortet sachliche und rechtliche Fragen zu der Vorfahrtsproblematik, wie Beschilderung und verkehrsrechtliche Regelungen. Die Realisierung der Vorfahrt für Radfahrer sei so nicht möglich.

Stadtrat Woesch

bestätigt, dass die Straße zwischen Leimen und St. Ilgen dringend der Sanierung bedürfe, gerade hinsichtlich des neuen Gewerbegebiets Süd. Mit dem jetzigen Beschlussvorschlag sei man einverstanden.

Stadtrat Appel
hat Fragen zu der Wasserleitung.

Herr Bruno Sauerzapf
beantwortet diese Fragen.

Stadtrat Feuchter
weist auf den Antrag seiner Fraktion hin, diesen Punkt zurückzustellen. Durch die Ergänzung, dass die südliche Zufahrt zum Mix-Markt komplett entfällt, werde die FDP jedoch zustimmen.

Stadtrat Stern
bittet um Prüfung, ob es die Möglichkeit gibt, den Radweg als Schulweg auszuweisen.

Stadträtin Hassenpflug
erschließt sich die Bedeutung der Farben des Planes nicht.

Stadtoberamtsrat Gora
erläutert den Plan daraufhin näher.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Mit einer Enthaltung (Stadträtin Hassenpflug) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Der Durchführung der Baumaßnahme „Sanierung K4155 und Neubau Kreisverkehrsplatz, ohne Zu- und Abfahrt auf das Grundstück Flst. Nr. 5364/6" wird zugestimmt (Baubeschluss).
2. Die Betriebsleitung und das Bauamt werden ermächtigt, die Baumaßnahme öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben (Vergabebeschluss).
3. Der Betriebsausschuss und der Gemeinderat sind von der Vergabe zu informieren.
4. Der Vergabe der Ingenieurleistungen auf Grundlage eines Ingenieurvertrages nach HOAI an das Ingenieurbüro E. Schulz, Hirschberg wird zugestimmt.

8. Jugendarbeit 06/2019
Verträge zur Schulsozialarbeit und Offenen Jugendarbeit

Oberbürgermeister Reinwald
schildert den Sachverhalt. Er weist darauf hin, dass eine Ausschreibung nicht notwendig sei, da die Stadt konkrete Vorgaben mache. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Reinig
hebt die gute Zusammenarbeit mit dem Friedrichstift hervor. Es müsse weiterhin das Ziel sein, dass man den Friedrichstift unterstütze, gerade wegen der wichtigen Funktion der Schul- und Jugendsozialarbeit. Es diene im Endeffekt dazu, Störungen

in der Gemeinde zu vermeiden. Daher sei ein entsprechender Rahmen erforderlich. In diesem Zusammenhang wird an Basket 2.0 erinnert.

Oberbürgermeister Reinwald merkt an, dass nur der Bau des Basket 2.0 zurückgestellt werde, die Planung diesbezüglich laufe bereits.

Stadträtin Neining-Röth bedankt sich für die hervorragende Arbeit des Friedrichstifts. Die Fraktion der CDU stimme zu.

Stadtrat Unverfehrt hebt hervor, dass es sich um eine sehr moderne Form der Zusammenarbeit handele. Er möchte wissen, ob es eine solche Zielvereinbarung zuvor so schon einmal gegeben habe. Der Grad der Zielerreichung solle abgesprochen werden und er fragt, wer dafür zuständig ist und wie der Ablauf geplant ist, also die Vereinbarung vollzogen werden soll.

Stadtoberverwaltungsrat Stamm antwortet, dass es solche Zielvereinbarungen seit dem Zeitpunkt des Einsatzes von Sozialarbeitern gegeben habe. Dies sei ständige Praxis. In den vergangenen Jahren habe man erhebliche Verstärkung bekommen.

Oberbürgermeister Reinwald weist darauf hin, dass der Bericht über die Schulsozialarbeit vom Friedrichstift bald im Gemeinderat vorgestellt werden soll.

Stadtrat Dr. Sandner stimmt zu, auch hinsichtlich der Berechnungen der bisherigen Leistungen des Friedrichstifts, da es sich um eine wichtige Arbeit handele.

Stadtrat Woesch merkt an, dass der Friedrichstift eine segensreiche Einrichtung sei, gerade hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Stadt Leimen. Die Beschäftigung der Leimener Jugend sei wichtig und begrüßenswert, weshalb er sich seinen Vorrednern anschließe. Er halte die Zusammenarbeit für richtig und wichtig. Die FW-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat Feuchter betont, dass man den Friedrichstift brauche und man froh sei über die gute Arbeit, die der Friedrichstift leiste. Die Anpassung der Verträge sei nach dieser Zeit völlig normal. Die Fraktion der FDP stimme zu.

Oberbürgermeister Reinwald bittet um weitere Wortmeldungen. Solche ergehen nicht. Er bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Jugendarbeit)

Den Verträgen über die Schulsozialarbeit und die Offene Jugendarbeit mit dem Friedrichstift wird zugestimmt.

9. Überörtliche Finanzprüfung
GPA-Prüfbericht 2011-2015

07/2019

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert die Gremienvorlage und bittet anschließend um Wortmeldungen.

Stadtrat Dr. Sandner

stellt fest, dass ein Großteil der Prüfungsanmerkungen unklar gewesen sei. Es wären keine Mängel der Verwaltungsarbeit zu erkennen gewesen. Die von der Stadt Leimen gebrachten Zahlen würden nun uneingeschränkt akzeptiert, was an verschiedenen Faktoren läge. Die Beschlüsse seien in der zweiten Jahreshälfte 2018 nachvollzogen worden. Der Zuschuss der Stadt für den Bäderbetrieb verschiebe sich vom Entstehungsjahr auf das Folgejahr. Er erinnere sich an die zurückliegenden Jahre und erkläre die Gründe für die heutige Entwicklung. Die Vereinheitlichung solle erfolgen. Erfreulich sei, dass wenig beanstandet worden sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Überörtliche Finanzprüfung)

1. Von den Feststellungen der überörtlichen Finanzprüfung der Stadt von 2011–2015, der Eigenbetriebe Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Technischen Betriebe und des Bäderpark 2011–2015 wird Kenntnis genommen.
2. Von der Verwaltung abgegebenen Stellungnahmen wird Kenntnis genommen.

10. Bestattungsgebühren

08/2019

Änderung der Nutzungsgebühren der Trauerhallen

Oberbürgermeister Reinwald
schildert den Sachverhalt.

Stadtrat Bader

erläutert die wirtschaftlichen Aspekte und die Gründe für den Antrag der CDU ausführlich. Stadtrat Bader bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtrat Reinig

bemerkt, dass der Antrag der CDU zwar schön sei für die Bevölkerung, aber diese Gebühren müssten auch wieder reinkommen. Mit der vorgesehenen Regelung müssten die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden, obwohl sie die Leistung der Trauerhalle nicht nutzen würden. Die Fraktion der GALL stimme daher nicht zu.

Stadtrat Feuchter

gebe der CDU zwar Recht, aber er fände die Richtung falsch. Denn so steige das Defizit im Bestattungswesen für die Stadt Leimen wieder an.

Stadtrat Woesch

merkt an, dass es sich um eine einzelne Position handele, bei der man im Vergleich zu anderen Kommunen sehr hoch ansetze. Daher stimme die Fraktion der FW dem Antrag zu.

Stadtrat Krauth

stimmt Stadtrat Reinig zwar zu, gibt jedoch zu bedenken, dass jeder mal eine Trauerhalle benötige, daher stimme er dem Antrag zu.

Stadtrat Dr. Sandner

betont, dass innerhalb der Fraktion während den Diskussionen Einigkeit über den Kostendeckungsgrad geherrscht habe. Die Argumente seien gegeneinander abgewogen worden. Die SPD-Fraktion werde getrennt abstimmen, da es unterschiedliche Meinungen dazu gäbe.

Stadtrat Frühwirt

merkt an, dass eine Trauerhalle nicht zwingend zu einer Bestattung gehöre. Daher seien die Kosten nicht dem Steuerzahler aufzubürden.

Stadtrat Bader

entgegnet, dass ein Kostendeckungsgrad von 70 % vorläge.

Stadtrat Krauth

fände es traurig, wenn Bürger die Trauerhalle aus rein finanziellen Gründen nicht nutzen könnten.

Stadtrat Feuchter

stellt fest, dass es seit 30 Jahren keine Trauerhalle in Gauangelloch gegeben habe und nun sollen die Nutzungen in Leimen-St. Ilgen von ihnen mitgezahlt werden. Leimen befände sich an der Spitze in Bezug auf die Höhe der Bestattungsgebühren, aber auch in Bezug auf die Höhe der Verschuldung. Man solle nun versuchen, der Verschuldung entgegenzuwirken.

Oberbürgermeister Reinwald

betont, dass die Senkung der Bestattungsgebühren den Haushalt nicht herunterziehen werde.

Stadtrat Frühwirt

merkt an, dass die Fraktion der GALL einer allgemeinen Senkung nicht zustimmen werde.

Es entsteht eine angeregte Diskussion über die Trauerhalle in Gauangelloch.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet um Abstimmung.

Mit 13 Ja-Stimmen (OB Reinwald, Stadträte Appel, Bader, Eckl, Krauth, Kühner, Kurz, Lindner, Neininger-Röth, Sauerzapf, Schilling, Stern, Woesch), 10 Nein-Stimmen (Stadträte Agena, Baumann, Frühwirt, Hassenpflug, Kohr, Leiner, Mattheier, Reinig, Dr. Sandner, Unverfehrt) und 3 Enthaltung (Stadträte Feuchter, Lindenbach, Dr. Scheurich) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Bestattungsgebühren)

1. Die Gebühren für die Nutzung der Trauerhallen werden von 380 € auf 250 € gesenkt.
2. Die beigefügte Änderungssatzung zur Bestattungsgebührensatzung wird beschlossen.

11. Beteiligungen

09/2019

Jahresabschluss 2017 der Wohnbau GmbH

Oberbürgermeister Reinwald, Bürgermeisterin Felden und die Stadträte Krauth, Leiner, Mattheier, Dr. Scheurich, Woesch, Bader und Stern erklären sich für befangen und nehmen im Zuschauerraum Platz.

Stadtrat Dr. Sandner
übernimmt den Vorsitz für den TOP 11 und erläutert die Gremienvorlage.
Er fragt nach Gegenstimmen oder Enthaltungen. Solche werden nicht erhoben.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Beteiligungen)

Der Gemeinderat nimmt von dem Jahresabschluss des Jahres 2017 der Städtischen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft mbh Leimen Kenntnis.
Das Weisungsrecht wird gegenüber der Gesellschafterin, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Hans D. Reinwald, in der Form ausgeübt, dass den Empfehlungen des Aufsichtsrats zu folgen ist.

12. Verschiedenes

Herr Bruno Sauerzapf
berichtet über die Wasserrohrbrüche der Hardtgruppe und den Stand der Bauarbeiten. Er erläutert die Sachlage anhand einer Präsentation (*siehe Anlage 1*). Auf den Wasserabgabepreis werde sich dies nicht auswirken. Das Notversorgungssystem werde auf Schwachstellen geprüft. Es werde Vorsorge getroffen, dass es nicht zum Wassernotstand komme. Von einer Privatisierung der Wasserversorgung rate er ab.

Oberbürgermeister Reinwald
bedankt sich bei Herrn Sauerzapf für seine Ausführungen. Er möge auch seinen Mitarbeitern danken.

Stadtrat Appel
bedankt sich herzlich für die Ausführungen und die Aufklärung. Er hat technische Fragen.

Herr Bruno Sauerzapf
beantwortet diese Fragen direkt.

Oberbürgermeister Reinwald
bittet um weitere Wortmeldungen.

Stadtrat Appel

weist auf die problematischen Folgen der Bodenversiegelung wegen den Schottergärten auf die Umwelt hin. Ebenfalls weist er auf die schädlichen Auswirkungen von Zigarettenstummeln auf die Umwelt hin. Er fände es wichtig, die Bürger darauf hinzuweisen und verweist dabei auf die im Technischen Ausschuss vom 24.01.2019 gestellte Anfrage der CDU zum Überhandnehmen von Schottergärten (*siehe Anlage 2*).

Stadträtin Mattheier

hat eine Frage wegen den Kiga-Plätzen in Gauangelloch. Eine junge Familie sei an sie herangetreten, da sie ein großes Problem habe, einen Kindergartenplatz zu finden.

Oberbürgermeister Reinwald

weist auf den Mangel an Kindergartenplätzen hin. In der zweiten Jahreshälfte soll dieser Missstand entschärft werden. In den folgenden Jahren müsse dieses Angebot ausgeweitet werden. Die Anmeldefrist von drei Monaten sei ausreichend. Es seien weitere Investitionen notwendig für die Planungssicherheit.

Stadtrat Bader

hat eine Frage zu der L600 zwischen Lingental und dem Kreisel. Die Straße sei gefühlt enger als zuvor und der Randstreifen fehle. Er möchte wissen, ob diese Gefahrenquelle noch ausgebessert wird.

Oberbürgermeister Reinwald

weist darauf hin, dass es sich um eine Landesstraße auf der Gemarkung der Gemeinde Gaiberg handelt. Er werde es weitergeben.

Stadtrat Reinig

weist Stadtrat Appel bezüglich der Schottergärten darauf hin, dass die Stadt Leimen eine gesetzliche Handhabe gelegt habe. Dies sei im Technischen Ausschuss behandelt worden. Diese gesetzlichen Vorgaben seien einzuhalten.

Stadtrat Feuchter

möchte sich zum Sachstand der Mobilitätsbefragung informieren.

Oberbürgermeister Reinwald

verweist auf die Gemeinderatssitzung im Februar 2019. Dort werde das Thema behandelt.

Stadträtin Hassenpflug

sei aufgefallen, dass Streusalz verwendet werde, obwohl dies per Satzung verboten sei. Sie bittet um einen Hinweis an die Bevölkerung, dass die Satzung einzuhalten ist.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt dies zu.

Stadtrat Dr. Scheurich

bemerkte, dass die Stadt Leimen selbst mit Salz streue und findet es merkwürdig, dass die Bürger dies nicht dürfen.

Angestellter Kuhn
entgegnet, dass der dosierte Einsatz von Streusalz zu befürworten sei.

Stadtoberverwaltungsrat Stamm
ergänzt, dass das Wort „grundsätzlich“ hier entscheidend sei. In
Ausnahmesituationen könne Salz in geringem Maße eingesetzt werden, gerade bei
Steigungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt
Oberbürgermeister Reinwald um 20.31 Uhr die öffentliche Sitzung.

Greiner
Protokollführerin

Reinwald
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

Stadträtin Mattheier

Stadträtin Neiningen-Röth